

# MITTENDRIN am Rande



**kda**

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der  
Bremischen Evangelischen Kirche

Arbeit und Zukunft e.V. 

**SOZIALE ARBEIT**  
– ZWISCHEN MENSCHENRECHT  
UND ÖKONOMISIERUNG



**Ingeborg Danielzick,**  
Fachleitung  
beim Kirch-  
lichen Dienst  
in der Arbeits-  
welt, Bremen

## Zu dieser Ausgabe

### Soziale Arbeit zwischen Menschenrecht und Ökonomisierung

Seit 5 Jahren hat sich die Bremische Evangelische Kirche mit ihrem Sessionsthema **Armut und Reichtum in Bremen – Gemeinsam für eine soziale Stadt** verstärkt den Fragen der sozialen Spaltung gewidmet. Die aktuellen sozialen Fragen und die Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen vor Ort werden in vielen Projekten – sozialdiakonische Arbeit im Quartier, Bildungsangebote für haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende, Veranstaltungen für Interessierte und Debatten mit Verantwortlichen aus Politik und Wohlfahrt – angesprochen und bearbeitet. Gleichzeitig zu unserem verstärkten Engagement hat sich die Problemlage insgesamt nicht entspannt. Die Verfestigung der Armutsquote in Bremen, eine der höchsten in Deutschland, steht einem hervorragenden Wirtschaftswachstum und einer überdurchschnittlichen Steigerung der höheren Einkommen gegenüber. Hochpreisiger Wohnraum findet seine Abnehmer ohne Probleme. Mit der aktuellen Ausgabe der MaR wollen wir unterschiedliche Bereiche aus dem Spektrum sozialer Arbeit in heutiger Zeit präsentieren. Die Autorinnen und Autoren stellen hier ihre jeweils im persönlichen Umfeld verortete Sichtweise auf die Frage nach der Aufgabe, Entwicklung und den Bedingungen Sozialer

Arbeit in Zeiten von Hartz IV vor. Wir wünschen uns dadurch Anregungen für die weitere Diskussion in der Stadt. Soziale Arbeit als Profession ist in ihrer Ausprägung direkt an die sozialen Entwicklungen im Land gebunden. Wie sieht die Ausbildung aus? Wie sind die Arbeitsbedingungen? Welche Motivation haben Kirchengemeinden? Was passiert mit SozialarbeiterInnen in dieser Zeit? Was mit den Menschen, die auf die Unterstützung durch Professionelle angewiesen sind? Macht die Durchökonomisierung der Gesellschaft vor den ethischen Ansprüchen Sozialer Arbeit Halt? Und wie verändern sich letztere daran? In ihrem *Schwarzbuch Soziale Arbeit* schreibt Mechthild Seithe: „Von der Entwicklung sozialer Arbeit hängt u.a. die Frage ab, wie diese Gesellschaft mit den Menschen umgehen wird, die sie an den Rand gedrängt hat.“. Es stellt sich hier also die Frage nach unserem Menschenbild. Wollen wir helfen und für die Armen etwas tun oder wollen wir mit den Menschen über Milieugrenzen, Nationalitäten und individuelle Kompetenzen hinaus zusammen und miteinander leben, arbeiten und lachen? Indem wir uns für eine soziale Stadt engagieren, fragen wir auch nach den Ursachen fehlender Gerechtigkeit und fehlender Teilhabe. Der Zusammenhang zwischen Entwicklungen in der globalisierten Welt, den Finanzmärkten und der Produktion von Ungleichheit, sozialer Ausgrenzung und dem Leiden von Menschen in der Nachbarschaft oder auf anderen Kontinenten darf nicht geleugnet werden. Politik muss hier zum Handeln aufgefordert werden. Auch müssen wir unser eigenes Handeln befragen, inwieweit es dazu zu einer Verbesserung der Situation und einer gerechteren Teilhabe für die Menschen beiträgt und/oder inwieweit es ungerechte Lebensbedingungen verschleiert und verfestigt. Es ist ein Dilemma, dass Träger wie PraktikerInnen so-

zialer Arbeit die Entwicklungen hin zu immer mehr Ökonomisierung ihrer Profession scheinbar wie ein Naturgesetz hinnehmen und sich in Anpassung üben um des Überlebens willen. Vermeintlicher Sinn in schlanken Strukturen, klaren Vorgaben, budgetierten Angeboten und gut organisierten Abläufen verändert die eigene Ethik unmerklich, und irgendwann stellt sich die Frage: Was ist das Ziel? Begegnung oder Verwaltung?

*I. Danielzick*

<http://bremerbuendnissozialearbeit.jimdo.com/>

<http://bremerbuendnissozialearbeit.jimdo.com/aktionen/das-positionspapier-des-buendnisses/>

M. Seithe, *Schwarzbuch Soziale Arbeit*, Wiesbaden 2012

## Inhaltsverzeichnis

### S. 2

Ingeborg Danielzick:  
„Soziale Arbeit zwischen Menschenrecht und Ökonomisierung“ (Editorial)

### S. 3

Karin Janneck:  
„Tarifverhandlungen!  
Nicht in der Diakonie?“

### S. 4-5

Frank Bettinger:  
„Soziale Arbeit in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung“

### S. 6-7

Thomas Zippert:  
„Diakonie im Gemeinwesen – Ausbildung für neue Handlungsfelder“

### S. 8-9

Andreas Schröder:  
„Welche soziale Verantwortung tragen die Kirchengemeinden?“

# TARIFVERHANDLUNGEN! NICHT IN DER DIAKONIE?

von Karin Janneck



Ende März haben sich die Tarifpartner im öffentlichen Dienst geeinigt. Die Erwartungen der Beschäftigten auf spürbar steigende Einkommen wurden erfüllt; in den nächsten zwei Jahren werden ihre Gehälter um 6,3 Prozent steigen. Davon können die Beschäftigten der Diakonie, einem der größten Arbeitgeber im Bereich der sozialen Arbeit, nur träumen.

In den 1980er Jahren war es noch so, dass ein Abschluss im Öffentlichen Dienst mit ein wenig Zeitverzögerung auch für sie übernommen wurde. Inzwischen redet man auch in der Sozialen Arbeit vom „Markt“. Unter den Wohlfahrtsverbänden und Trägern der Sozialen Arbeit insgesamt ist in den vergangenen Jahren ein Wettbewerb entstanden, der am ehesten über die Personalkosten gewonnen werden soll. Dem enger werdenden wirtschaftlichen Rahmen soll über die Absenkung bzw. Nicht-Erhöhung der Lohnkosten begegnet werden, was man bei anderen normalen Wirtschaftsunternehmen auch finden kann: ‚die Personalkosten seien zu hoch‘, wie die Arbeitgeber nicht müde werden zu betonen – was aber auch nicht anders sein kann, ist doch die soziale Arbeit in der Hauptsache Arbeit für Menschen von Menschen.

Auch die diakonischen Arbeitgeber haben sich diesem System unterworfen und sind damit zu ganz normalen Wirtschaftsbetrieben geworden. Aber ihr Arbeitgeberverband VdDD (Verband diakonischer Dienstgeber Deutschland) akzeptiert die Gewerkschaften nicht als Gegenüber, mit denen er Arbeitsbedingungen und Tarife aushandelt. Die Beschäftigten in der Diakonie sind so weder an der Willensbildung zur Höhe der Lohnforderung beteiligt, noch haben sie die Möglichkeit, ihre Forderungen durch Streiks durchzusetzen, da ein Streikrecht in der Arbeitsrechtsetzung der Kirchen nicht vorgesehen ist.

Allerdings kollidiert diese Ansicht mit dem Grundgesetz und wird in diesem Jahr vor dem Bundesarbeitsgericht geklärt.

Die Kostenträger freuen sich, können sie sich doch zwischen verschiedenen günstigen Anbietern Sozialer Arbeit entscheiden oder in Pflagesatzverhandlungen auf den anderen Träger hinweisen, der die Leistungen vermeintlich billiger anbietet.

Bei diesem Preiskampf ist die Qualität der Leistungen zunehmend in den Hintergrund getreten. Das allerdings nicht durch die Beschäftigten in den Einrichtungen, sondern durch die Bewertung der Leistungen insgesamt. Durch die Abwertung der Pflege und Betreuungsleistungen und die gleichzeitige Zunahme der Notwendigkeit Sozialer Arbeit bekommen die Träger mehr und mehr den Fachkräftemangel zu spüren.

Wird dies endlich ein Umdenken bewirken? ▣

**Karin Janneck**,  
Sozialarbeiterin, seit 1985  
beschäftigt im  
Verein für Innere  
Mission,  
freigestellt  
für Mitarbeitervertretung und  
Gesamtausschuss



Mahlzeit  
Farge/  
Mahlzeit  
Farge on  
tour

S. 10-11  
Petra Reinhardt:  
„Prekär beschäftigt im Auftrag  
der Hartz-IV-Ökonomie“

S. 12-13  
Stefan Selke:  
„Die Rede von ‚sozial Schwachen‘  
als Desinformationsstrategie“

S. 14-15  
Christian Gloede:  
„Die Tarifsituation in der  
Sozialen Arbeit bei Staat, Kirchen  
und Verbänden“

Die Fotos in dieser Ausgabe  
sind aus den Projekten „Armut und  
Reichtum – gemeinsam für eine  
soziale Stadt“ und wurden von den  
Projekten und Matthias Dembski zur  
Verfügung gestellt.

Titelbild:  
Streetwork Szenetreff Bremen-Nord



Kleiderkammer  
„Anziehungspunkt  
Bockhorn“

Der Bitte, für die vorliegende Ausgabe der Zeitschrift *Mittendrin am Rande* einen Beitrag über „Soziale Arbeit“ beizusteuern, bin ich gerne nachgekommen. Allerdings handelt es sich hierbei um ein gar nicht so einfaches Unterfangen. Denn einerseits wird die Frage, was Soziale Arbeit ist, im wissenschaftlichen Diskurs durchaus unterschiedlich beantwortet; andererseits bietet mir der zur Verfügung gestellte Rahmen nicht die Möglichkeit, differenziert die unterschiedlichen wissenschaftlichen Antworten darzustellen, geschweige denn diese zu diskutieren. – So werde ich Sie im Folgenden konfrontieren mit einer eigenen Antwort auf die eingangs formulierte Frage (Was ist Soziale Arbeit?). Es handelt sich hierbei um Überlegungen, die nicht nur Eingang gefunden haben beispielsweise in das Curriculum des Studiengangs Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, sondern die darüber hinaus nicht unwesentlich die wissenschaftliche Diskussion um eine Professionalisierung und insbesondere Politisierung Sozialer Arbeit sowie das Bemühen um eine reflexive und kritische Soziale Arbeit motiviert haben.

## SOZIALE ARBEIT IN ZEITEN GESELLSCHAFTLICHER SPALTUNG

von Frank Bettinger

### Mehr Aufgaben, weniger Ressourcen

Diese Überlegungen zu den Aufgaben und Funktionen Sozialer Arbeit unterscheiden sich erheblich von den eher alltagstheoretischen Vorstellungen, mit denen Vertreter/-innen dieser Profession und Disziplin regelmäßig in Gesprächen mit Bürgern und Bürgerinnen oder auch mit Entscheidungsträgern aus Verwaltung und Politik konfrontiert werden. Kaum jemand scheint *nicht* „konkret“ zu wissen, was von Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen zu erwarten ist. Problematisch werden solche alltagstheoretischen Vorstellungen dann, wenn aus ihnen die Aufgaben und Aufträge resultieren, mit denen die Vertreter/-innen der Sozialen Arbeit dann konfrontiert werden: „Kriminalität und Abweichung bekämpfen“, „Fördern und Fordern“, „Kontrollieren“, „Disziplinieren“, „Erziehen“ u.v.m. Nicht selten wird Soziale Arbeit als „soziale Feuerwehr“ oder als gesellschaftliche Ordnungsinstanz missverstanden oder missbraucht, die zur Befriedung von Gemeinwesen und „sozialen Brennpunkten“ oder zur (Re-)Integration „gefährlicher“, „gefährdeter“ oder „sozial Schwacher“ bzw. „leistungsschwacher“ Personen und Gruppen beizutragen habe. Und in gleichem Maße, wie die an die Soziale Arbeit gerichteten Aufgaben- und Funktionszuweisungen zunehmen, wird ihr nicht nur gesellschaftliche Anerkennung verweigert, sondern

werden ihr die finanziellen und personellen Ressourcen vorenthalten bzw. beschnitten, die notwendig wären, um *diese* an die Soziale Arbeit gerichteten Aufgaben und Aufträge überhaupt bewältigen zu können. Und nicht zuletzt werden zu aller erst Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen zur Verantwortung gezogen bzw. müssen sich dafür legitimieren (ein prominentes Beispiel ist der sog. „Fall Kevin“), wenn die erhofften „Wirkungen“ sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Prävention, Intervention oder Reaktion ausbleiben.

### Soziale Arbeit ist kein Reparaturbetrieb

Dabei basieren die Annahmen der „Auftraggeber“ insbesondere aus Politik und Verwaltung regelmäßig auf einem unwissenschaftlichen und viel zu reduziertem Verständnis von individuellen Problemlagen bzw. von „sozialen Problemen“. Gemeint ist ein alltagstheoretisches Verständnis, das nicht nur den Erklärungsversuchen von individuellen Problemlagen oder sozialen Problemen durch Politik und Verwaltung zugrunde liegt; zudem geht mit diesen Erklärungsversuchen die naive und zugleich gefährliche Annahme einher, man könne individuelle Problemlagen bzw. „soziale Probleme“ – einem naturwissenschaftlichen Verständnis von Gesellschaft folgend - quasi technisch reparieren. In der Folge werden aus „sozialen Problemen“ die „Problembelasteten“, die „De-

fizitären“, die „Unangepassten“, die „Leistungsunwilligen“ oder „Aktivierungsresistenten“, die der individualisierenden Bearbeitung durch Staat, Sozialpolitik und Soziale Arbeit zuzuführen sind. – Einem solchen Verständnis von „sozialen Problemen“ bzw. von den Funktionen und Aufgaben Sozialer Arbeit – insbesondere in Anbetracht der Ausblendung gesellschaftlicher (Ungleichheits-)Verhältnisse - ist entschieden entgegen zu treten! Eine Forderung, die 1.) formuliert wird in Anbetracht sozialwissenschaftlicher Krisendiagnosen bezogen auf einen unterstellten tief greifenden Strukturwandel. So scheint Einigkeit dahin gehend zu bestehen, dass die sozialen Probleme und das Leiden vieler Menschen (zunehmende Armut, strukturelle Arbeitslosigkeit, unsichere Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse, Ausgrenzung und Ausschließung) in unserer Gesellschaft im Kontext dieser gesellschaftsstrukturellen Umbrüche eine neue Qualität erreicht haben. Und es handelt sich dabei um eine Forderung, die 2.) formuliert wird in Anbetracht narkotisierender Schleier, die – ausgehend von interessegeleiteten neoliberalen Diskursen und im Zusammenwirken mit kulturindustriellen Berieselungen – die Menschen nicht nur (mal subtil, mal mit Nachdruck) dazu drängen, gute Untertanen und Konsumenten zu sein und sich mit den Verhältnissen (so wie sie sind) abzufinden, sondern zudem kontinuierlich dazu motivieren, sich an der unsäglichen Maxime „jeder ist seines Glückes Schmied“ zu orientieren.

### **Soziale Arbeit muss disziplinen- und institutionenübergreifend arbeiten**

Wenn wir als Bürger und Bürgerinnen, aber gerade auch als Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen diese Entwicklungen nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen, sondern darauf hinaus wollen, einen Zusammenhang herzustellen zwischen den Strukturen und Prozessen im globalisierten Ka-

pitalismus, der systematischen Reproduktion von Ungleichheit und der Aktualität von sozialer Ausgrenzung, dann kommt nicht nur der Klärung ihrer entscheidenden Ursachen erste Priorität zu, sondern der Aufgabe, Antwort darauf zu geben, wie wir uns zur Tatsache zunehmender sozialer Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit sowie prekärer Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse verhalten wollen. Angesichts einer zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft, die ihre Entwicklungsperspektiven nahezu ausschließlich an ökonomischen Fortschritt und wirtschaftlichen Gewinn (zu Gunsten einiger Weniger) anlegt sowie angesichts sich verschärfender sozialer Ungleichheits- und Ausgrenzungsverhältnisse ist es m. E. dringend geboten, dass (Aus-)bildung und Wissenschaft, Kirchen, Gewerkschaften und soziale Bewegungen aus den disziplinären und institutionellen Beschränkungen heraus treten und sich gemeinsam im Kampf gegen zunehmende soziale Ungleichheit und Ausgrenzung engagieren – im Bemühen um Gestaltung des Sozialen mit vereinten Kräften.

### **Soziale Arbeit muss Position beziehen**

In diesem Zusammenhang ist eine selbstbestimmtere und politische Soziale Arbeit zu fordern (und realisierbar), die bemüht ist, sich von den eingangs beschriebenen Funktions- und Auftragszuschreibungen zu emanzipieren. Gemeint ist eine kritische Soziale Arbeit, die sich dadurch auszeichnet, dass sie ihren Gegenstand (also das, womit sie es zu tun hat) eigenständig benennt und sich darauf in der sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Praxis auch tatsächlich bezieht. Gegenstand Sozialer Arbeit sind *Prozesse und Auswirkungen sozialer Ausschließung und Ausgrenzung*. Hierauf Bezug nehmend können als Funktionen Sozialer Arbeit u.a. die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit sowie die Ermöglichung sozialer, ökonomischer, kultureller

### **Prof. Dr. Frank Bettinger**

Vorsitzender des Bremer Instituts für Soziale Arbeit + Entwicklung (BISA+E) an der Hochschule Bremen, Professor für Sozialpädagogik an der Evangelischen Hochschule Darmstadt



und politischer Partizipation benannt werden. Zur Realisierung von Teilhabe, Chancengleichheit und Partizipation hat eine sich kritisch verstehende Soziale Arbeit neben der Gewährung von Hilfe und Unterstützung u.a. Bildungs- und Sozialisationsprozesse zu offerieren, die sich einerseits orientieren an den Prinzipien der Aufklärung und Emanzipation sowie der Ermöglichung von Lebensbewältigungskompetenzen, andererseits an den Bedürfnissen, Wünschen und Interessen der Nutzer und Nutzerinnen sozialpädagogischer bzw. sozialarbeiterischer Angebote. Und: eine solche kritische Soziale Arbeit hat Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse sowie die Strategien und Prozesse, die diese Verhältnisse kontinuierlich reproduzieren, zu thematisieren und zu skandalisieren. Dass eine solche politische und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Soziale Arbeit möglich ist, zeigen nicht nur die Lehrpläne einiger Hochschulen, sondern insbesondere das Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen aus Praxis und Hochschulen im *Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit* (AKS – [www.kritischesozialarbeit.de](http://www.kritischesozialarbeit.de)) sowie in neu gegründeten *Bündnissen Soziale Arbeit* in Bremen und in Berlin. ▣



„Winterkirche“ in Unser Lieben Frauen – Treffpunkt für Menschen am Rande der Gesellschaft

Seit Jahrzehnten schon gilt Gemeinwesenarbeit (GWA) neben Einzelfallarbeit und Gruppenarbeit als eine der drei Arbeitsformen Sozialer Arbeit. Woher sich der gegenwärtige Boom speist, darüber wird in der Wissenschaft wohl auch noch dann gestritten, wenn vor Ort schon längst gehandelt werden muss. Denn allorten wächst die beobachtbare Ungleichheit in mehreren Dimensionen (Besitz, Bildung, Behinderung, Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion usw.), in deren Folge sich Phänomene von Ausschluss bzw. mangelnder Teilhabe vermehren, vertiefen und über die Generationsgrenzen hinweg verstetigen. Denn sie werden auch nicht durch Bildungserfolge kompensiert, so die Ergebnisse der PISA-Studien bzw. des Deutschen Jugendinstituts. Offensichtlich erreicht dieser Mangel an Teilhabe gegenwärtig ein Ausmaß, dass der soziale Frieden in einzelnen Quartieren ebenso wie die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft (Fachkräftemangel) bedroht zu sein scheint.

Im Jahr 2010 hat die Fachhochschule der Diakonie in Bielefeld einen neuen Studiengang „Diakonie im Gemeinwesen/Soziale Arbeit und Diakonik“ eingerichtet, der diese Tendenzen aufgreift und zu einem Profilschwerpunkt im Studium der Sozialen Arbeit/Diakonik (Diakonenausbildung) macht. Anlass für die Träger dieser Hochschule – zumeist große Unternehmen im Bereich der diakonischen Behindertenhilfe –

## DIAKONIE IM GEMEINWESEN – AUSBILDUNG FÜR NEUE HANDLUNGSFELDER

von Thomas Zippert

war der Bedarf nach Fachkräften, die sich im Gemeinwesen einschließlich seiner kirchlichen und religiösen Infrastruktur gut auskennen und bewegen können, um das langfristige Programm zur Dezentralisierung großer Anstaltskomplexe umsetzen und auch die Ressourcen der Kirchen nutzen zu können.

### **Eine Vielzahl von Faktoren muss berücksichtigt werden**

Grundlage ist für uns nicht nur eine klare und differenzierte Vorstellung von „Sozialraum“ sondern auch dessen, was „Gemeinwesen“ ist, einschließlich aller seiner Mitspieler, ihrer multipolaren Machtdynamiken, der gegenwärtig zunehmenden zentrifugalen Milieusegmentierungen, Fremd- und Selbstausschlusstendenzen, aber auch der neuen Aufbrüche zu nachbarschaftlich, bürgerlich, zivilgesellschaftlich oder menschenrechtlich motiviertem freiwilligen oder klassisch-ehrenamtlichem Engagement. Diesen differenzierten Begriff gibt es noch nicht. Die Menge an Literatur zum „Sozialraum“ bzw. „sozialräumlichen Denken“ täuscht darüber hinweg, dass ein Großteil dieser Literatur entweder nicht klar genug über die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Machtverteilungen reflektiert oder nicht fein genug auf neue soziale Verwerfungen reagiert. Anschluss- und ausbaufähig für ersteres sind hier immer noch klassische Entwürfe der Sozialethik wie der Soziologie, auch wenn sie

in lebensweltlichen und sozialräumlichen Fragen nicht trennscharf genug sind.

### **Kooperation und Moderation**

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die Forschungen zu Erfolgsfaktoren gemeinwesendiakonischer Projekte (Schmäzle, Horstmann) haben nachgewiesen, dass es neben charismatischer Initiativität bzw. Entrepreneurship von Einzelnen oder Gruppen um eine klare Einbindung der schon in diesem Feld tätigen und oft sogar gesetzlich verantwortlichen kommunalen, wirtschaftlichen, kirchlichen und gesellschaftlichen Akteure geht. Initiativität auf welcher Plattform auch immer verpufft oder verkantet sich, wenn sie sich nicht mit den schon Zuständigen und Kompetenten vor Ort verbündet – es gibt ja nahezu keinen Bereich, in dem sich nicht schon irgendjemand engagiert oder im Auftrag von dieser oder jener Institution tätig ist. Wer dies ist und wie man sie herausfindet, kennenlernt und einbindet, dazu schweigen viele Lehrbücher. Aber nicht nur das. Es braucht auch moderierendes, beinahe diplomatisches Geschick, um als Fachkraft in diesem Bereich die Initiativkräfte weder zu blockieren oder durch zu starkes Einbringen zu entmächtigen, sondern sie zu fördern, einzubinden und für (sozial-)politische Effektivität zu sorgen. Dieses Geschick ist eine Folge von Wissen, Kompetenz und Lebenserfahrung, die sich unseres Erach-

tens im Studium durch Praxis- und Forschungserfahrungen in Projekten und Initiativen, wie z.B. „Kirche findet Stadt“, gut fördern lässt. Ziel ist dabei, zur Bildung einer *Haltung* und Einstellung beizutragen, die sowohl aufmerksam, neugierig, differenziert, geduldig und nachhaltig vor Ort wahrnimmt, was Menschen das Leben und die Teilhabe erschwert, aber ebenso aufmerksam, ermutigend (empowernd) und differenziert die Ressourcen vor Ort wahrnimmt, fördert und untereinander zusammenbringt, sich also als hauptberufliche Fachkraft nicht über die freiwillig Engagierten hinwegsetzt und sich vor den Mächtigen nicht duckt.

### Eine klare Vision entwerfen und umsetzen

Dabei entsteht ein Selbstbild des Auftrags, das mit dem klassischen doppelten Mandat der Sozialen Arbeit, nämlich a) „Hilfe“ und b) „Kontrolle“, nur unzureichend beschrieben ist, sondern folgendes einbezieht:

- die eigene Interpretation des gesetzlichen Auftrags, um den gerade in Zeiten knapper Kassen mit dem kontrollierenden Staat zu „ringen“ ist;
- die kritische Loyalität mit dem Leistungsanbieter, in dessen Auftrag auch GemeinwesenarbeiterInnen tätig sind;
- das Selbstbestimmungsrecht der Zielgruppen, das in den letzten Jahren immer mehr gestärkt wurde;

- das eigene Gewissen samt der oft durch Herkunft, Weltanschauung und Religion bestimmten Überzeugungen als Mit-Bürger aller anderen Akteure.

In dieser sechsfachen Loyalität und den damit verbundenen oft divergierenden Zielsetzungen nicht zerrieben zu werden ist eine anspruchsvolle professionelle Aufgabe, die ohne unterstützte Selbstreflexion nicht gelingen kann. Gerade die Bindung an das eigene Herkunftsmilieu und intuitive Ideen von gelingendem Gemeinwesen müssen transparent und zumindest teilweise überwunden werden, damit man jenseits der Bindungen aller an ihre jeweiligen Herkunfts-, Bildungs- und Sozialmilieus gemeinsame Anliegen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten erkennen und – milieuspezifisch angemessen – auch benennen und so zu ihrer Bearbeitung beitragen kann. ▣

**Thomas Zippert,**  
Professor für  
Diakoniewissenschaft an  
der FH der  
Diakonie in  
Bielefeld



„Klasse,  
wir singen!“

### Literatur:

Als Überblick instruktiv:  
*O. Fehren, Was ist ein Sozialraum? Annäherungen an ein Kunstwerk.*  
in: Soziale Arbeit 58 (2009)

*W. Hinte/M. Lüttringhaus/D. Oelschlägel (Hg.), Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit.*  
Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven, 2. Aufl., Weinheim/München 2007

*F. Kessl/C. Reutlinger, Sozialraum. Eine Einführung,*  
Wiesbaden 2007 (2. Aufl. 2010)

*F. Früchtel/W. Budde/G. Cyprian, Sozialer Raum und Soziale Arbeit 1: Textbook: Theoretische Grundlagen,*  
Wiesbaden 2007;  
dies., *Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken,*  
Wiesbaden 2007 (2. Aufl. 2010)

*M. Horstmann/E. Neuhausen, Suchet der Stadt Bestes! Studie zu Erfolgsfaktoren in der Gemeinwesendiakonie.*  
Einblicke in eine Abfrage unter gemeinwesendiakonischen Projektstandorten November 2008 – Januar 2009 (Texte aus dem Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland), Hannover 2009;

*U.F. Schmälzle* in Zusammenarbeit mit *S. Schürmeyer, T. Gunnemann, M. Therre, A. Honnacker,*  
*Menschen, die sich halten – Netze, die sie tragen. Analyse zu Projekten der Caritas im lokalen Lebensraum,*  
Münster, 2. erw. Aufl. 2009.

*Thomas Zippert,*  
*Gemeinde und Diakonie im mehrdimensionalen sozialen Raum von Gesellschaft und Gemeinwesen. Zu Orten und Verortung gemeinwesendiakonischer Arbeit.*  
(in: *Heinz Schmidt [Hg.], Nächstenliebe und Organisation,* Heidelberg 2012, im Druck)



Zuhause  
für Kinder

## WELCHE SOZIALE VERANTWORTUNG TRAGEN DIE KIRCHENGEMEINDEN? –

### Eine Standortbestimmung

von Andreas Schröder

#### Standortbestimmung

Die Frage, wieweit die einzelne Kirchengemeinde ein Ort für soziale Arbeit ist, kann schnell und oberflächlich beantwortet werden. So könnte eine Antwort lauten: *„Selbstverständlich hat sich die Kirchengemeinde sozial zu engagieren, schließlich ist die Not vieler Menschen groß, und Hilfe wird von der Kirche auch erwartet. Sie kann doch davor nicht die Augen verschließen!“*

Aber auch solche Stimmen gibt es innerhalb der evangelischen Kirche: *„Die Kirche sollte sich auf ihre Kernaufgaben beschränken, wie die Wortverkündigung oder die Begleitung von Menschen in Krisenzeiten. Sozialarbeit ist die Aufgabe der Politik.“*

Schnelle und oberflächliche Antworten sind meist wenig hilfreich. Es lohnt sich, über die Frage nach der sozialen Verantwortung von Kirchengemeinden gründlicher nachzudenken. Solch ein Vorgehen gebietet auch der Sachverhalt, um den es geht: Wie sonst könnten wir den Menschen in Not, bzw. unserem kirchlichen bzw. christlichem Auftrag gerecht werden?

Dem Schreiber dieser Zeilen ist bewusst, dass die hier geäußerten Gedanken zu diesem umfassenden Themenbereich allenfalls als kleiner Diskussionsbeitrag zu verstehen sind und keinesfalls einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

#### Selbstverständnis der Kirche

Wer die Frage beantworten will, ob die einzelne Kirchengemeinde ein Ort für soziale Arbeit ist, hat erst einmal zu klären, wie er Kirche versteht. Ich definiere Kirche in diesem Zusammenhang aus dem Zeugnis der Bibel heraus: Hier ist sie den Worten, dem Wirken und der Beauftragung Jesu Christi am nächsten. Jesus sandte seine Jünger als Zeugen des Evangeliums in die Welt (Matthäus 28, 18ff.; Apostelgeschichte 1, 8). Die ersten Christen bildeten eine Gemeinschaft der Glaubenden, die sich den Menschen jener Zeit zuwandte (Apostelgeschichte 2, 1ff.; Johannes 10, 16). Es fällt auf, dass die Sicht der „Ur-Gemeinde“ auf die Menschen dabei ganzheitlich war, so wie sie es auch von Jesus kannten (Apostelgeschichte 3, 1ff.; Lukas 4, 16ff.).

Kirche tut gut daran, immer wieder neu zu diesen „biblischen Quellen“ zurückzukehren, um aus ihnen heraus ihre Berufung für die Gegenwart zu entdecken. Denn sie ist nur solange „christlich“ zu nennen und in ihrem Zeugnis glaubwürdig, wie sie sich mit ihrem ganzen Sein und Handeln auf Jesus Christus berufen kann.

#### Gott geht es um den ganzen Menschen

Solch ein Zurückfinden zu den Quellen von Kirche-Sein anhand der biblischen Grundlagen ist überaus herausfordernd und birgt

manche Überraschung: Denn für extreme und einseitige Positionen für oder gegen soziale Arbeit von Kirchengemeinden bleibt kaum Raum. Das biblische Zeugnis von Jesus Christus zeigt uns vielmehr: Das Geschenk irdischen Wohls gibt es bei Jesus nicht ohne den Hinweis auf das ewige Heil. Und ebenso stellt der Ruf zur Umkehr die Menschen nicht nur in einen Zeugendienst der Verkündigung, sondern zugleich in eine soziale Verantwortung. Geht es Gott in seinem Wirken um den ganzen Menschen, dann kann sich auch Kirche nicht allein auf das eine oder auf das andere beschränken: Nur Evangelisation und Mission oder nur soziales Engagement und politische Verantwortung – jede Einseitigkeit würde hier eine Verkürzung von Kirche-Sein bedeuten. Die christliche Gemeinde bleibt den Menschen mit ihren Nöten zugewandt und trägt sie auf ihrem Herzen. Sie zieht sich nicht zurück auf ihre „frommen Bereiche“. Stattdessen bildet die christliche Gemeinde laufend „Samariter“ aus, solange sie nach geistlichen Prinzipien lebt und handelt. *„Der vornehmste Anwalt der Armen ist und bleibt die Kirche.“* (Gerhard Besier, in: Konzern Kirche, S.173)

#### Herausforderungen annehmen

*„Politik ist der Wille zu großräumiger Veränderung“*, hörte ich jemanden sagen. Die große Weltpolitik wird niemals die Aufgabe der Kirche sein, und das ist auch gut

so. Hier dürfen die, die sich in Kirche engagieren, ruhig bescheiden und zurückhaltend sein. Doch die kleinräumigen Hilfen sind dagegen nicht zu verachten: Es gibt genügend Menschen in unseren Kirchengemeinden, denen wir auf unterschiedliche Weise helfen können, weil sie Hilfe brauchen. Sehen wir sie? Gehen wir auf sie ein? Öffnen wir unsere Terminkalender, unsere Programme, ja unsere Herzen für sie?

Auf der Ebene der Kirchengemeinden stehen wir ebenso wie in kirchlichen Hierarchien in der Gefahr, den bedürftigen Menschen mit seinen Nöten außen vor zu lassen. So hat eine Befragung der EKD vor einigen Jahren ergeben, dass z.B. selbst auf unteren Ebenen kirchlicher Leitungsverantwortung, in den Kirchenvorständen und Presbyterien der evangelischen Gemeinden, praktisch kaum noch Arbeiter oder gar Arbeitslose vertreten sind (Statistik über Äußerungen des kirchlichen Lebens in den Gliedkirchen der EKD in den Jahren 1993 und 1994, statistische Beilage z. Amtsblatt d. EKD, Heft 2, 1997, 72 ff.). Und dort, wo viel von „Solidarität mit den Armen“ gesprochen wird, drängt sich mitunter der Eindruck auf, als sei dies nur ein „Tarnwort“ für die eigenen Interessen. Verlautbarungen der Kirche, die es mit allen gut meinen,

können es nicht gut machen. Sie entfalten keine Kraft und schaffen somit keine Veränderung. Sie sind wie Strohfeuer ohne weiterreichende Wärme. Echte Solidarität politisiert und instrumentalisiert nicht, sondern macht sich die Hände schmutzig an der Not des Anderen. An dieser Stelle hat Kirche an sich und die gemeindliche Arbeit vor Ort viel an Glaubwürdigkeit bei den Menschen verloren. Es gibt ja nicht alleine eine Politikverdrossenheit in unserem Lande, die vorherrschende Kirchen-Verdrossenheit sollte uns schon längst wachgemacht haben.

Die gesellschaftliche Situation, in der die sich die einzelne Kirchengemeinde befindet, ist so zu beschreiben: Die Reichen werden immer reicher, die Mächtigen immer mächtiger und die Armen immer ärmer. Die Anspruchs- und Versorgungsmentalität der Kirchen, als ein Relikt aus vergangenen „fetten Jahren“, bedarf einer Ergänzung. Wir brauchen in unserem Land keine Betreuungskirche mehr, sondern eine Beteiligungskirche – und zwar in doppelter Weise: Wir beteiligen uns als Zeugen unseres Gottes an den Nöten und Herausforderungen der Menschen und lassen uns von Gott selbst zu ihnen senden. Und zugleich öffnen wir die Türen unserer Gemeinde- und Gotteshäuser für die Men-



**Andreas Schröder**  
Pastor in  
St. Matthäus,  
Bremen-Huchting

schen. Wir beteiligen sie an unserer Gemeindegemeinschaft. Nicht in der Weise, dass sie sich unseren Programmen anzupassen hätten. Vielmehr so, dass wir unsere Arbeit auf ihre Bedürfnisse und Fragen ausrichten. So gewinnt Kirche an Authentizität und Echtheit.

### Konkrete Erfahrungen

„Niemand hat die Weisheit mit Löffeln gefressen“ – und „Patentrezepte“ machen sich an dieser Stelle auch nicht gut. Und doch bleiben Worte ohne Kraft, wenn sie nicht durch die Realität gedeckt sind. Seit einigen Jahren haben wir in der Evangelischen St. Matthäus-Gemeinde neben unserer bekannten missionarisch ausgerichteten Gemeindegemeinschaft den Schwerpunkt auf sozial-diakonisches Engagement gesetzt. So bieten z.B. die Arbeitsbereiche „Ein Zuhause für Kinder“ [www.zuhausefuerkinder.de](http://www.zuhausefuerkinder.de), „Winterspielplatz“ [www.winterspielplatz-bremen.de](http://www.winterspielplatz-bremen.de) und „Leben Finden“ [www.matthaeus.net](http://www.matthaeus.net) zahlreiche Möglichkeiten für haupt- und ehrenamtlich Engagierte, um sich sozial-diakonisch für andere Menschen einzusetzen. Sie hier zu beschreiben, würde den Rahmen sprengen.

Wie wär's: Schauen Sie doch einmal bei uns vorbei! ▣



Einnahmen – und Ausgaben – Check

Regelmäßige Einnahmen MONAT: \_\_\_\_\_

WAS	BETRAG
Taschengeld	
Nebenjob	
Sonstiges <i>Ausbildungsvergütung</i>	300,- € (25%)
<b>GESAMT</b>	<b>77,50 €</b>

Unregelmäßige Einnahmen

WAS	BETRAG
Geldgeschenke	
Ferienjob	30-50,- € <i>Oma, Verwandte</i>
Sonstiges	
<b>GESAMT</b>	<b>30,- €</b>

Ausgaben

WAS	BETRAG
Handy	30,- € <i>Monat</i>

## PREKÄR BESCHÄFTIGT IM AUFTRAG DER HARTZ-IV-ÖKONOMIE

Interview mit Petra Reinhardt

Das Interview führte Ingeborg Mehser, KDA

„Cash Up – Die Geldschützer“ – Schuldenprävention für Jugendliche

**Frau Reinhardt, Sie haben mehrere Jahre bei einem Beschäftigungsträger gearbeitet und sind jetzt selbstständig. Was haben Sie gemacht, bevor Sie dort angefangen haben?**

Ich bin Pädagogin, komme aus dem Bereich der Jugendhilfe und habe mit jungen Menschen gearbeitet, die in Grenzbereichen lebten oder dort Erfahrungen gemacht hatten, d.h. mit jungen Haftinsassen oder mit Mädchen und jungen Frauen, die von Gewalt betroffen waren. 2000 bin ich als Geschäftsführerin zu dem Verband Bremer Beschäftigungsträger (VBB)\* gekommen. Da ging es um die Interessenvertretung der Beschäftigungsträger, aber auch darum, Tarifverhandlungen zu führen für die Beschäftigten, ein Qualitätsmanagementsystem zu entwickeln und die Arbeit qualitativ und strukturell weiterzuentwickeln. Erfahrungen in der Arbeit mit jungen Menschen im Übergang Schule-Beruf habe ich in einem zweijährigen Projekt beim Bildungswerk der Wirtschaft im Unterwesergebiet (BWU) gesammelt, das sich mit Schnittstellen beim Übergang und einem Netzwerk für Ausbildung beschäftigte. Beim BWU habe ich dann auch schon Jugendliche beraten, die einen Ausbildungsberuf suchten. Sowohl beim VBB als auch beim BWU habe ich Träger besucht, Projekte entwickelt und auch immer wieder die Auseinandersetzung über pädagogische Anteile geführt.

**Wie lange haben Sie bei dem Beschäftigungsträger gearbeitet, was waren Ihre Aufgaben, und mit welcher Zielgruppe haben Sie dort gearbeitet?**

Bei der WABEQ habe ich im Sommer 2007 die außerbetriebliche Ausbildung als Projektleitung übernommen, mit dem Auftrag, Ausbildung zu gestalten und zu begleiten und ein Team zu führen und zu entwickeln. Die WABEQ hat einen Schwerpunkt auf gewerblichen Berufen, deshalb hatten wir meist männliche Auszubildende, die zugewiesen wurden durch die Agentur für Arbeit oder die BAGIS, meist im Alter zwischen 20 und 27 Jahren, oft mit Migrationshintergrund, meist mit Hauptschulabschluss, sehr wenige mit Realschulabschluss. In den Maßnahmen tauchen ja nicht diejenigen auf, die sehr initiativ und sehr gefestigt sind, sondern diejenigen, die bereits mehrere Schleifen durchlaufen haben, die nicht so richtig wissen, wohin sie eigentlich wollen, was sie eigentlich können und schon gar nicht wissen, dass jemand sie will. D.h., man muss sie schon sehr willkommen heißen, damit sie sich auch willkommen fühlen.

**Welche Veränderungen haben Sie festgestellt im Laufe Ihrer Tätigkeit?**

Veränderungen gab es im gesamten Segment des Maßnahmetypus und in den Ansprüchen der Geldgeber, um weiterhin Maßnahmen zu bewilligen. Wenn sich Erfolge an Integrationsquoten messen lassen, fragt sich natürlich jeder, wovon hängt eigentlich so eine Integrationsquote ab. Ich kann keine Arbeitgeber zwingen, junge Leute, die bei uns gut ausgebildet wurden, zu übernehmen in eine feste Anstellung. Das sind dann Kategorien, die Beschäftigungsträger gar nicht erfüllen können. Einen großen Unterschied habe ich auch feststellen können in der Zuweisung der Menschen, bei denen vorab schon geprüft wurde, was sie leisten können und was nicht. Da war nicht immer nachvollziehbar, wonach sich das gerichtet hat und wer da die Entscheidung treffen konnte. Bei den Auszubildenden habe ich einen wachsenden Bedarf an Lernraum für persönliche Kompetenzen und an Unterstützung beim schulischen Lernen festgestellt. Berufsschulen sind in der Regel nicht gut vorbereitet auf die Zielgruppe aus den Maßnahmen – wobei es nicht nur die jungen Leute in den Maßnahmen sind, die einen riesigen Bedarf an Unterstützung und Lernförderung haben. Jungen Leuten fehlt häufig ein Eingebundensein in stützende und annehmende soziale Zusammenhänge. Nicht zu unter-

schätzen sind auch die psychischen Auffälligkeiten und Erkrankungen, die manche dieser jungen Leute mitbringen. Nicht nur die kategorischen Suchtmittelerkrankungen oder Lese-Rechtschreibschwächen sondern massive psychische Auffälligkeiten und Erkrankungen, die ihre Zeit brauchen.

**Das heißt, sie stellen auch das fest, was Arbeitgeber häufig bemängeln, dass es an Ausbildungsreife fehlt und dass ein ganzheitlicher Förderansatz gebraucht würde.**

Das kann ich definitiv sagen. Die Diskussion um die Ausbildungsreife ist ja schon alt. Den Anspruch an Ganzheitlichkeit habe ich in der Diskussion um fehlende Ausbildungsreife selten gefunden. In den drei Jahren bei der WABEQ haben wir versucht, einen ganzheitlichen Ansatz umzusetzen, der auch sehr individuelle Entscheidungen erfordert. Ganzheitlich anzusetzen ist aber die einzige Chance für die jungen Leute mit teilweise unglaublichen Lebensgeschichten. Die kommen nicht nur, um eine Ausbildung zu machen, sie kommen auch, um sich selbst mal auf die Spur zu kommen, um sich ihrer selbst bewußt und gewahr zu werden. Und um die Erfahrung zu machen, dass sie angenommen werden; das ist einer der ganz wichtigen Punkte. Nachhaltigkeit im Sinne von „Wir haben junge Leute begleiten dürfen, nicht nur durch eine Ausbildung sondern durch einen Wachstumsprozess und können sie entlassen, so dass sie für sich selber sorgen können“ war für mich eine der größten Motivationen. Diese Prozesse lassen sich nur zum Teil in Qualitätsmanagementsystemen und Erfolgsberichten abbilden.

**Es wird eine qualitativ hochwertige Arbeit erwartet in diesen Projekten. Trotzdem ist es so, dass von Jahr zu Jahr die Beschäftigungsträger zittern, ob sie das nächste Projekt bekommen. Wie hat sich der Mangel an Planungssicherheit auf sie ausgewirkt?**

Ich habe in der gesamten Phase der arbeitsmarktpolitischen Tätigkeit prekär gearbeitet, war also in einer ähnlichen Situation wie die Zielgruppe. Ein ganz großes Problem, wenn sie die Stärke, das Vertrauen und die Zuversicht haben sollen, um ihre Zielgruppe zu unterstützen, Mut, Vertrauen und Zuversicht zu entwickeln. Befristet im Arbeitsverhältnis zu sein, bedeutet auch immer zu gucken, ob ich da noch richtig bin. Bei einem Beschäftigungsträger arbeiten sie permanent in einem Output: immer inspirieren, anregen, tragen, begleiten und unterstützen. Wenn sie selber die Erfahrung nicht machen, dass sie von einer sicheren Basis handeln, dann sinkt die Motivation, sich wirklich einzulassen. Ich habe ja auch meine Familie, mein Umfeld, das ich stärken, finanzieren, entwickeln und stützen muss. Was nicht bedeutet, dass die Leute schlechter arbeiten. Aber prekäre Arbeitsverhältnisse, fehlende Wertschätzung und keine angemessene Entlohnung greifen sie gesundheitlich und seelisch an.

**Haben Sie eine Verschärfung der Situation erlebt in den drei Jahren?**

Ich habe feststellen müssen, dass die Situation immer enger und die Akzeptanz und die Wertschätzung immer geringer wurde. Die Belastung, die Beschäftigte bei Beschäftigungsträgern aushalten, ist extrem hoch. Es gibt personelle Engpässe, sie arbeiten teilweise in zwei bis drei verschiedenen Maßnahmen parallel, und die bürokratischen Anforderungen wachsen. Wenn ich den ganzen Tag mit Menschen arbeite, die bedürftig sind und hohe Bedürfnisse haben

**Petra Reinhardt,**  
Heilpraktikerin  
(Psychotherapie),  
Dipl. Pädagogin  
und freie  
Trainerin.



[www.werkstatt-gesundes-leben.de](http://www.werkstatt-gesundes-leben.de)

und ich selber noch in prekären Arbeitsverhältnissen bin und permanent mit unterschiedlichen Jugendlichen und unterschiedlichen Teams zu tun und wenig Einbindung habe, dann bringt das Qualitätseinbußen mit sich und beschneidet und beschränkt die Lebensqualität. Für mich war das auch ein Grund, auszusteigen, weil ich weder mir selbst noch meinem Auftrag gerecht wurde.

**Es wird ja auch erwartet, die Jugendlichen schnell fit zu machen für den Arbeitsmarkt.**

Genau. Wiedereingliederungsstatistiken kapieren, Zahlen erfüllen. Wir haben uns gefreut über jeden Erfolg und haben auch erfolgreich ausbilden und vermitteln können. Aber für nachhaltige Ergebnisse braucht es eine andere Akzeptanz für das, was diese jungen Leute in ihrem Koffer mitbringen. Das ist nicht bei allen gleich, es braucht deshalb individuelle Regelungen. Und da ist mein Plädoyer, entsprechende Maßnahmetypen zu entwickeln und den Kolleginnen und Kollegen für diese belastende Situation eine stabile Ausgangsposition zu schaffen. ■

\* Der VBB wurde im Zuge der Hartz-Reformen zu einer gemeinsamen Plattform mit den Bildungsträgern zusammengefasst (heute VADIB).



Szenetreff  
Bremen-  
Nord

Kritische Soziologie beginnt mit der Sensibilität für Symbole, also auch mit der Sensibilität für Sprache. Problematisch wird es immer dann, wenn sich Sprachregelungen oder Begriffe als irreversible gesellschaftliche Denkfiguren etablieren. Besonders dann, wenn Prominente oder Medien diese Figuren geradezu legitimieren, indem sie diese so lange hypnotisch redundant wiederholen, bis der letzte Wille zur definitorischen Klarheit erlischt. Dann wird Sprache zu einem kollektiven Desinformationsinstrument.

Ein Beispiel dafür ist die Rede von den „sozial Schwachen“, die sich weitgehend verselbständigt hat. Da beschließen Gemeinderäte, eine Stadt zukunftsfähiger zu machen, indem neuer „Wohnraum für sozial schwächere Bürger“ zur Verfügung gestellt wird. Zahlreiche Studien belegen, dass der Bildungserfolg vom Geldbeutel der Eltern abhängt und „sozial schwache Schüler schlechtere Noten bekommen“. Journalisten benutzen den Begriff unhinterfragt, wenn sie von „Zwangskrediten für sozial Schwache“ in den USA berichten. Sogar auf der Webseite [armut.de](http://armut.de) (einem entwicklungspolitische(n) Bildungsangebot) findet sich in einem Artikel die Bezeichnung „Hilfe für sozial Schwache“. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen.

## DIE REDE VON „SOZIAL SCHWACHEN“ ALS DESINFORMATIONSTRATEGIE

von Stefan Selke

Die Rede von den „sozial Schwachen“ erweist sich bei näherem Hinsehen als extrem irreführend. Zum einen wird hier ein Problem unter den Sprachteppich gekehrt, denn eigentlich ist mit der Formel keine Schwäche, sondern eine Benachteiligung gemeint, genauer: ein Zustand. Wer „sozial schwach“ genannt wird, ist eigentlich arm. Zum anderen werden kausale Zusammenhänge behauptet, die sich empirisch nicht nachweisen lassen. Die Sprachfigur suggeriert, dass Arme zugleich auch weiterführende Defizite haben. Solche, die ihren gesellschaftlichen Status insgesamt in Frage stellen.

### Begriffsklärung

Als Gesine Schwan im Herbst 2011 auf einer Preisverleihung für zivilgesellschaftliches Engagement in Berlin in ihrer Laudatio von den „sozial Schwachen“ sprach, geschah dies nicht in böser Absicht. Sie meinte damit nur etwas ganz anderes, als das, was bei sprachsensiblen Zuhörern ankam. Sie meinte Menschen, die arm sind und über wenig soziale und kulturelle Teilhabe verfügen. Sie meinte sicher keine Menschen, die über keinerlei soziale Kompetenzen verfügen oder sich gar asozial verhalten. Nur leider kann genau diese Botschaft beim Adressaten solche Sprachfiguren ankommen. Wenn die Rede von den „Sozial Schwachen“ sich bereits in dieser scheinbaren Eindeutigkeit als

Sprachfigur etabliert hat, dann wird damit nicht mehr das bezeichnet, was eigentlich gemeint ist – Armut – sondern der Weg frei gemacht für wenig produktive Assoziationen. Die dabei imaginär entstehenden Denkfiguren des „sozial Schwachen“ mutieren zu einem psychologisierenden Euphemismus – einer beschönigenden Bezeichnung für einen unschönen Sachverhalt. Armut erscheint als individuelles Manko, nicht als gesellschaftliches Problem. Die Sensibilität für Symbole besteht also zunächst darin, zu erkennen, dass der Gebrauch dieser Sprachfigur eine Denkfigur erzeugt, die letztlich zu einer kollektiven Verharmlosungsstrategie führt. Auch wenn dies selten in böser Absicht geschieht.

Gerade aber die unhinterfragte tausendfache Nutzung der Denkfigur erzeugt eine kopfstehende Welt, in der sich der „sozial Schwache“ als Prototyp des Anderen, Anormalen und Abgestürzten wiederfindet. Ein Vorgang, den diejenigen, die so sprechen, nie akzeptieren würden, wenn sie selbst von einer derart generalisierenden und diskriminierenden Praxis betroffen wären. Somit zeigt sich, dass die „sozial Schwachen“ sich gerade *nicht* an dem gesellschaftlichen Ort befinden, der mit dieser Figur bezeichnet wird. Sozial schwach sind eher diejenigen, die unüberlegt von den „sozial Schwachen“ sprechen. Gerade ihnen fehlen

sowohl soziale Kompetenz als auch empathisches Einfühlungsvermögen in die Lebenswelt derer, die sich von ihnen sprachlich etikettieren lassen müssen und von denen sie sich (nach oben hin) abgrenzen. Wenn aber mit „sozial schwach“ eigentlich „ökonomisch schwach“ oder präziser „arm“ gemeint ist, dann sind die eigentlichen sozial Schwachen diejenigen, die das Problem der Armut erst verursachen oder zumindest dazu beitragen, es nicht zu verhindern.

### Negative Zuschreibungen statt Klartext

Es sind Journalisten, die von der „Würde der Armut“ sprechen (Ulrich Greiner, DIE ZEIT) oder Politiker, die meinen, dass höhere Hartz-IV-Regelsätze dazu führen, dass das Geld in den nächsten Schnapsladen getragen würde (Oliver Möllenstädt, FDP). Es sind Amtsträger, die Menschen das Recht auf Nahrung absprechen, wenn sie nicht arbeiten (Franz Müntefering, SPD), die dafür appellieren, eine Arbeitspflicht für Arbeitslose einzuführen (Michael Glos, CDU) oder vorschlagen, Hartz IV Empfänger als Hundekotkontrollleure einzusetzen (Claudia Hämerling, Grüne). Es sind Entscheider, die elektronische Fußfesseln für eine gute Idee halten, um Langzeitarbeitslosen zu helfen, zu einem geregelten Arbeitsablauf

zurückzukehren (Christean Wagner, Hessischer Justizminister) oder Demagogen, die meinen, dass nicht Geldnot, sondern übermäßiger Fernsehkonsum das eigentliche Problem bei Hartz IV Beziehern sei (Thilo Sarrazin, SPD). Oder Menschen, die Hartz IV Empfänger gleich mit Parasiten vergleichen (Wolfgang Clement, SPD).

In allen diesen Kontexten taucht implizit oder explizit die Denkfikur des „sozial Schwachen“ als Schreckgespenst einer sich im Verfall befindlichen Gesellschaft auf. Die „Schwäche“, so die Botschaft, muss durch allerlei reglementierende und im Notfall auch sanktionierende Maßnahmen in eine „Stärke“ umgepolt oder zumindest in ihrer schädlichen Wirkung begrenzt werden. Mit der leichtfertigen Nutzung der Figur des „sozial Schwachen“ wird aber die Sicht auf die gesellschaftliche Wirklichkeit verstellt. Werden die Dinge nicht beim Namen genannt, wird also auf den politischen oder medialen Bühnen nicht „Tacheles geredet“, dann kann auch keine vernünftige Zukunft gestaltet werden.

Würden diejenigen, die sich der Formel des „sozial Schwachen“ bedienen, selbstkritisch in den Spiegel sehen, dann entstünde ein anderes Bild von Schwäche in diesem Land. Dann würden



**Stefan Selke,**  
Prof. Dr. phil.,  
lehrt und  
forscht als  
Soziologe an  
der Hochschule  
Furtwangen University (Lehrgebiet  
„Gesellschaftlicher Wandel“) sowie  
am Karlsruher Institut für  
Technologie (KIT). Zur Person:  
[www.stefan-selke.de](http://www.stefan-selke.de)

plötzlich Banker erkennen, dass überzogene Profitgier gerade nicht dem Sozialen dient. Scheidenden Bundespräsidenten böte sich die Erkenntnis, dass ihr Verhalten auch mit eigener sozialer Schwäche zu tun hat. Politiker müssten sich fragen, ob sie tatsächlich dem Sozialen (im Sinne von: Gemeinwohl) dienen oder doch andere Interessen verfolgen.

Jeder Mensch hat seine Schwächen, auch seine sozialen. Das allein ist nicht schlimm. Überheblich und unehrlich ist es allerdings, eine ganze Gruppe der Bevölkerung kollektiv als soziale Schwächlinge zu bezeichnen, ohne den implizit mitschwingenden Beurteilungsmaßstab an sich selbst anzulegen. Mit der Veränderung der Sprache beginnt die schleichende Veränderung der Wirklichkeit. Will man diesen Maskenzauber verhindern, dann hilft nur, sich eines eindeutigen Sprachgebrauchs zu bedienen. Dann wird aus Sprache wieder ein Informationsmedium.. ▣



Streetwork =  
Soziale Arbeit  
auf der Straße



Kleiderla-  
den des  
Projektes  
„Mahlzeit“

## Zur Einstimmung

*„Soziale Arbeit [...] ist der Förderung der menschlichen Entwicklung verpflichtet und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit individuellen Krisen und sozialen Problemlagen. [...] In ihrer politischen Funktion muss sie anwaltschaftlich für Menschen in sozialen Problemlagen Stellung beziehen. Dies erlangt besondere Bedeutung auch und gerade in einer Situation, in der Soziale Arbeit selbst in ihrer fundamentalen Begründung in Frage gestellt wird und als Dienstleistung zur unmittelbaren Erfüllung vordefinierter AuftraggeberInnen-Interessen umgedeutet wird.“<sup>1</sup>*

Hiermit bewegen wir uns durchaus noch auf der Gegenstandsbestimmung der „sozialen Arbeit“. Im Zentrum stehen die anvertrauten Menschen, die „Klienten“, die gesellschaftlich unter massiven Belastungen stehen. Altkanzler Schröder (heute Gazprom) fragte einst, wie viel Fürsorge sich der Staat noch leisten könne. Deutschlands Bundespräsident Gauck (früher Pastor) trieb die Frage um, „ob Solidarität und Fürsorglichkeit nicht auch dazu beitragen, uns erschaffen zu lassen.“<sup>2</sup> Unverkennbar ist die Gefahr des Erschlaffens der gesellschaftlichen Kräfte für Solidarität und Fürsorglichkeit, und die immer weiter um sich greifende Privatisierung gerade in den Feldern der sozialen Arbeit trägt in hohem Maße dazu bei. In der Gesundheits-, Arbeitsmarkt-

## DIE TARIFSSITUATION IN DER SOZIALEN ARBEIT BEI STAAT, KIRCHEN UND VERBÄNDEN

von Christian Gloede

und Sozialpolitik wird ein weiteres Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Schere befördert. Wer HARTZ IV-Empfängern das Erziehungsgeld und die Heizkostenbeihilfe streicht, wer sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse durch prekäre Leiharbeit ersetzt, wer eine Kopfpauschale im Gesundheitswesen und die Menschen länger arbeiten lassen will, will keine soziale Gerechtigkeit in diesem Land und will konsequenterweise auch nur einen möglichst geringen Reparationsbetrag in die Haushalte einstellen. Dies wird durch Deckelungen von Zuwendungen und Pflegesätzen noch erleichtert.

In einer Resolution im Rahmen der Arbeitstagung „aufstehen-widersprechen-einmischen“ erklärten Beschäftigte der Sozialen Arbeit 2011 in Berlin: *„Im Kampf um die Verteilung öffentlicher Mittel, Forderungen nach einer evidenzbasierten Sozialen Arbeit, einer gesellschaftlichen Rückkehr zu autoritären Strukturen und dem zunehmenden Wegfall öffentlich verfügbarer und gestaltbarer Räume, zeigen sich die Auswirkungen der zurückliegenden zwanzig Jahre neoliberaler Politik in Deutschland und des globalisierten Wirtschaftsliberalismus.“<sup>3</sup>*

## Zur Lage

Durch den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung und der damit einhergehenden Individualisierung von Problemlagen ist

ein neuer „Dienstleistungsmarkt“ für Arbeitsfelder der sozialen Arbeit entstanden. Neben schon immer zu Selbstaussbeutung neigenden „Selbsthilfe- und Initiativgruppen“ kamen sogenannte private Dienstleister hinzu. Sie „entlasteten“ in der Regel kommunale Ämter von ihrer Aufgabe der „Fürsorge“. Da eine Unternehmensgründung in der Regel Gewinne schaffen soll, muss mit den über Pflegesätze und Leistungsvereinbarungen erzielten Einnahmen jongliert werden. Ein Spielball sind dabei diejenigen, die die Dienstleistung unmittelbar erbringen, in Alten- und Pflegeheimen, in Einrichtungen der Behindertenhilfe, in der Berufshilfe, dem Rettungsdienst, der Drogenberatung, etc. So haben sich im Laufe der Zeit neben den staatlichen, kirchlichen und Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände zahlreiche profitorientierte Unternehmen der Fürsorge in diesem Land „angenommen“.

Ein unzureichender Diskurs über Qualitätsstandards und gesellschaftliche Wertschätzung in der sozialen Arbeit beförderte die Installierung eines im Wesentlichen prekären Arbeitsmarktes in diesem Bereich. Prekär in mehrfacher Hinsicht: Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse, Qualifikation, Qualifizierung, Leiharbeit. Dies alles vor dem Hintergrund zunehmender Armut, sich verändernder Altersstruktur und gesellschaftlicher Ausgrenzung „leistungsgeminderter“ Menschen.

Die neoliberale Verfasstheit des Landes schuf die Grundlage für die Entwicklung einer Konkurrenz, in der es nicht um die beste Lösung individueller Problemlagen geht, sondern um die billigste. Mit dem Hinweis auf Konkurrenzfähigkeit stiegen dann die Wohlfahrtsverbände ein in den Spiralkampf nach unten durch Personalabbau und eine restriktive Lohnpolitik.

Den Umstieg vom seit 1963 auch von vielen freien und privaten Trägern sowie Wohlfahrtsverbänden und Kirchen als „Leitwahrung“ angesehenen Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) auf den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVöD/TV-L) nutzten mehr und mehr Verbände zum Ausstieg. Durch die gesetzlich verbesserte Nutzung der „Leiharbeit“ entstanden auch in der sozialen Arbeit „Unternehmenstöchter“, die ausserhalb von Tarifen und Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) bezahlen. Nicht selten wird dasselbe Personal bei der „Tochter“ weiterbeschäftigt, nachdem es vom „Mutterbetrieb“ entlassen wurde...

Eine besondere Rolle spielen hier Diakonie und Caritas, die Wohlfahrtsverbände der Kirchen. Über viele Jahre war der Ruf nach „richtigen“ Tarifverträgen kaum zu vernehmen; Arbeitsbedingungen und Gehaltsgefüge richteten sich in hohem Maße nach dem BAT, zudem wirkte vielerorts auch der Überbau einer „Dienstgemeinschaft“. Über die Möglichkeit oder

gar Notwendigkeit von Streiks zur Durchsetzung berechtigter Interessen wurde nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen. Auch die Gewerkschaften beteiligten sich, wenn auch selten offiziell, am „Dritten Weg“, der quasi autonomen Tarifpolitik der Kirchen und ihrer Verbände. Doch die oben beschriebenen Entwicklungen machten Arbeitsbedingungen und Löhne auch hier zunehmend weniger erträglich, der Unmut und schließlich auch der Protest wuchs. Die Diskussion über ein Streikrecht bei Kirchen steht mittlerweile auf der Tagesordnung der Einrichtungen, der Gewerkschaften sowieso, der Parteien – und der Gerichte.

Die innerkirchliche Diskussion, die am 9. November 2011 auf der EKD-Synode in Magdeburg ihren vorläufigen negativen Höhepunkt mit der kirchengesetzlichen Festschreibung des Streikverbotes erreichte, mutet mehr und mehr wie ein Rückzugsgefecht an. Das für dieses Frühjahr erwartete Urteil des Bundesarbeitsgerichts in der Streikfrage wird dem einen oder anderen Chef der Kirchen und ihrer Verbände noch im Vorfeld schlaflose Nächte bereiten – und das ist gut so! <sup>4</sup>

### Zum Ende

Nur noch ca. 55% der Organisationen in der sozialen Arbeit in Bremen und Niedersachsen wenden Tarifverträge (22%) oder AVR an. Immer stärker setzen Unternehmen auf „einzelvertragliche Lösungen“,



**Christian Gloede,**

Dipl.-Behindertenpädagoge,  
GEW Bremen,  
Mitglied der  
„MAV-Pool“ und  
der Arbeitsrechtlichen Kommission  
Bremische Evangelische Kirche

allein in Bremen sind dies 39% der Einrichtungen. Rein privatwirtschaftliche Träger sind nicht berücksichtigt. <sup>5</sup>

Auch Kirchen und Verbände müssen begreifen, dass der Kampf um gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne in einer demokratischen Gesellschaft die Sache der Gewerkschaften und **aller** ihrer Mitglieder ist. Gut ausgebildete und bezahlte motivierte Fachkräfte werden der „Erschlaffung“ von Solidarität und Fürsorglichkeit entgegenwirken und den Ausgegrenzten ihre Würde zurückgeben. Professionelles Selbstbewusstsein, verbunden mit gewerkschaftlicher Kampfbereitschaft wird dann auch Einfluss haben auf politische Grundsatzentscheidungen, z.B. in der Steuerpolitik für die Kommunen. Diese sind aufgefordert, in ihren Gemeinden wieder Menschlichkeit einkehren zu lassen. Aber vielleicht wird ja gerade dies nicht gewollt... ■

Anmerkungen:

<sup>1</sup> Wiener Erklärung zur Ökonomisierung und Fachlichkeit in der sozialen Arbeit, Wien 2007

<sup>2</sup> Welt-Online, 07.06.10

<sup>3</sup> Berliner Arbeitstagung Kritische Soziale Arbeit, Juni 2011 „aufstehen-widersprechen-einmischen“, s. [www.einmischen.com](http://www.einmischen.com)

<sup>4</sup> Vgl. hierzu Debatte in der epd sozial, Ausgaben 47/2011 sowie 1, 3 und 6/2012

<sup>5</sup> Quelle: Wohlfahrt intern, Ausgabe 2/2012



Familien- und  
Quartierszentrum  
in der Neuen Vahr

# MITTENDRIN AM RANDE

## TRÄGER

Kirchlicher Dienst  
in der Arbeitswelt  
*forum Kirche*  
Hollerallee 75  
28209 Bremen  
Tel. 0421-3 46 15-22  
Fax 0421-3 46 15-38  
danielzick.forum@kirche-bremen.de  
www.kirche-bremen.de/kda

Arbeit und Zukunft e.V.  
Hollerallee 75  
28209 Bremen  
Tel. 0421-3 46 15-22  
aуз.forum@kirche-bremen.de  
www.aуз-bremen.de

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Ingeborg Danielzick

**MITTENDRIN AM RANDE** ist eine  
Gemeinschaftsproduktion von:

- Kirchlicher Dienst  
in der Arbeitswelt
- Arbeit und Zukunft e.V.

Auflage dieser Ausgabe: 1500  
Layout: Ruth Flemming  
Druck:  
Perspektiven Offsetdruck Bremen

Redaktionsanschrift  
und Bestellung der  
**MITTENDRIN AM RANDE**:  
KDA  
*forum Kirche*  
Hollerallee 75  
28209 Bremen  
Tel. 0421-3 46 15 23  
mehser.forum@kirche-bremen.de

**WEITERE INFORMATIONEN AUCH UNTER:**  
www.kirche-bremen.de/kda

## BERATUNGSSTELLEN

Arbeitslosen- und  
Sozialberatung Nord  
Hermann-Fortmann-Str. 18  
28759 Bremen  
Tel. 0421-69 846-70/-71  
Fax 0421-69 846 77  
alsonord@alz-bremen.de

Arbeitslosenzentrum Tenever  
Wormser Straße 9  
28325 Bremen  
Tel. 0421-40 20 68  
Fax 0421-42 84 55  
info@alz-tenever.net  
www.alz-tenever.de

Beratungsstelle für Berufs-  
krankheiten in der Arbeitneh-  
merkammer in Bremen-Nord  
Lindenstraße 8  
28755 Bremen  
Tel. 0421-6 69 50-0  
Fax 0421-6 69 50-41

Frau und Arbeit  
Beratung für erwerbslose und  
berufstätige Frauen in der  
City-Seelsorge  
Unser Lieben Frauen Kirchhof 29  
28195 Bremen  
Tel. 0421-33 35 63

Christoph Buße  
Sozialdiakonie  
Gemeindezentrum Heilig-Geist-Kirche  
August-Bebel-Allee 276  
28329 Bremen  
Tel. 0421-46 02 17 17  
busse@kirche-bremen.de

Ran an die Zukunft (RAZ) –  
Berufsorientierung und Lebenspla-  
nung für Jugendliche  
www.raz-bremen.de

RAZ Nord  
Menkestraße 15  
28755 Bremen  
Tel. 0421-6 58 03 84  
Fax 0421-65 26 30  
raz.nord@kirche-bremen.de

RAZ Süd  
Mobile Beratung  
Tel. 0421-620 20 58  
raz.sued@kirche-bremen.de

RAZ West  
Elisabethstr. 17/18  
28217 Bremen  
Tel. 0421-38 16 15  
raz.west@kirche-bremen.de

RAZ in der Jugendkirche  
Seewenjestraße 96  
Tel. 0421-6 58 03 84  
raz.nord@kirche-bremen.de

**SPENDENKONTO:**  
Arbeit und Zukunft e.V.  
Konto 12 448 221  
BLZ 290 501 01  
Sparkasse in Bremen